

Profit wichtiger als Menschenrechte?

Fehlende Sorgfalt raubt dem Gold seinen Glanz

Zusammenfassung der Studie über Gold aus Burkina Faso und die Verantwortung der Schweiz

Gold glänzt nicht für alle gleich. Die vorliegende Studie von Fastenopfer und Brot für alle nimmt den Goldabbau in drei Minen in Burkina Faso unter die Lupe. Rund um diese Minen geschehen Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden. Das Gold aus diesen Minen wird oder wurde in der Schweiz verarbeitet – bei der Firma Metalor am Neuenburgersee.

Die Studie lässt betroffene Frauen aus Burkina Faso zu Wort kommen, welche die dramatischen Auswirkungen der Minentätigkeiten auf ihr Leben beschreiben. Welche Verantwortung tragen die Unternehmen für die Menschenrechtsverletzungen und Umweltprobleme? Was tut oder unterlässt die Schweiz, die eine zentrale Rolle im globalen Goldgeschäft spielt? Die Studie präsentiert auch Empfehlungen: Der Bund muss multinationale Konzerne zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltschutz verpflichten, denn freiwillig werden letztere zu wenig respektiert. Die Konzernverantwortungsinitiative gibt den Weg dazu vor.

Viele Menschen in Burkina Faso - einem Land in der Sahelzone - kämpfen in ihrem Alltag ums Überleben. Fastenopfer unterstützt die Bevölkerung seit 1971 darin, sich ausreichend ernähren und ein würdiges Leben führen zu können. Zwar erlebt das Land seit 2005 einen richtiggehenden Goldboom. Doch davon profitiert nicht einfach die Bevölkerung, sondern vor allem multinationale Konzerne. Zum Beispiel an den in der Studie beschriebenen Minen Essakane, Bissa und Kalsaka. Damit industrielle Minenunternehmen Zugang zum goldhaltigen Land erhalten, wurden seit 2009 rund 14'000 Menschen rund um die Minen Essakane und Bissa umgesiedelt. Die Goldmine in Kalsaka stellte im Sommer 2015 die Produktion ein. Ungeklärt bleibt, was dort mit den hochgiftigen Zyanidabfällen geschieht, die der Goldabbau mit sich brachte.

„Früher haben wir gelebt, heute überleben wir“

In der Studie berichten Frauen von den fatalen Auswirkungen, welche die Umsiedlungen für sie und ihre Familien haben. Damit bestätigen sie die Ergebnisse früherer Untersuchungen, die verschiedene Menschenrechtsverletzungen publik gemacht hatten. Seit der Umsiedlung steht vielen Menschen in Burkina Faso bedeutend weniger fruchtbares Land zur Verfügung und der Zugang zu Weideland für ihre Tiere ist erschwert. So reichen die Lebensmittel nach der Ernte heute nicht mehr für das ganze Jahr. Viele Familien müssen sich verschulden, um sich ernähren zu können. Zudem sind ihre Einkommensmöglichkeiten seit der Umsiedlung massiv eingeschränkt. Nicht zuletzt ist den Frauen und Männern die Möglichkeit des Goldwaschens als Zusatzverdienst verloren gegangen.



„Ein zermürender Kampf um genügend Wasser“

Auch die Wasserversorgung hat sich verschlechtert. Die Beschaffung des Wassers erfordert viel mehr Zeit und kostet Geld. Manche Dörfer haben seit der Umsiedlung keine eigene Wasserquelle mehr. In einem der betroffenen Dörfer steht der Bevölkerung bis zu 50 Prozent weniger Wasser zur Verfügung.

Durch die Umsiedlungen sind die Menschenrechte auf Nahrung, Wasser und Arbeit, aber auch das Recht auf eine angemessene Unterkunft sowie auf Selbstbestimmung und Beteiligung von vielen Betroffenen verletzt worden.

Die negativen Auswirkungen bekommen insbesondere die Frauen zu spüren. Denn Frauen sind für das Überleben der Familien verantwortlich: Für die Nahrungsmittelherstellung und -zubereitung, für die Bereitstellung des Wassers für Mensch und Tier, für die Subsistenzlandwirtschaft sowie für die Pflege der Tiere und Gärten. Wenn die Männer aufgrund der prekären Situation weit weg Arbeit suchen müssen, sind die Frauen alleine für oft grosse Familien verantwortlich. Deshalb ist der eingeschränkte Zugang zu Land und Wasser infolge der Umsiedlung für Frauen besonders einschneidend.

Aber auch für die Männer ist die Situation schwierig: Dass sie ihre Familien nicht mehr ernähren können und deshalb weit weg nach Arbeit suchen müssen, ist hart und auch demütigend. Die verschärfte Lage aufgrund der Umsiedlung führt zu Konflikten in den Familien und zwischen den Geschlechtern, die das Zusammenleben erschweren.

„Ich vermisse die gegenseitige Hilfsbereitschaft“

Die Recherche zeigt, dass die mit dem Goldabbau verbundenen Umsiedlungen soziale Strukturen und kulturelle Normen in den Dörfern zersetzen. Damit gehen die sozialen Netze und Beziehungen in der Familie und der Nachbarschaft verloren. Dies hat tragische Auswirkungen, denn die gegenseitigen Hilfeleistungen in Grossfamilie und Nachbarschaft sind für die Menschen in Burkina Faso aufgrund der schwierigen Lebensumstände unverzichtbar.

Die Schweiz ist gross im Geschäft

Die Schweiz ist der weltweit führende Verarbeitungsplatz für Gold: Vier der zehn grössten Goldraffinerien der Welt befinden sich in der Schweiz, sie verarbeiten 70 Prozent des weltweit produzierten Goldes.

Vom Gold aus Burkina Faso wird gar 90 Prozent in der Schweiz raffiniert. Das Gold aus den beiden genannten Minen Bissa und Kalsaka wurde bis im Juli 2015 bei der Raffinerie Metalor bei Neuenburg verarbeitet, das Gold aus Essakane wird es bis heute. Als zentrale Abnehmerin des burkinischen Goldes hat die Raffinerie Metalor aus unserer Sicht eine grosse Mitverantwortung für die Menschenrechtsverletzungen und Umweltvergehen, gemeinsam mit den goldfördernden Unternehmen und dem burkinischen Staat.

Ethisches Gold?

Metalor betont in ihrer Unternehmenspolitik immer wieder, dass sie Menschenrechtsverletzungen nicht toleriere. Um Menschenrechtsverletzungen vorzubeugen, arbeite Metalor nur mit industriellen Minen zusammen, die legal Gold förderten. Die vorliegende Studie macht jedoch deutlich, dass eine industrielle Mine mit staatlicher Lizenz keine Garantie für die Einhaltung von Menschenrechten ist.

Brot für alle
Postfach 1015, 3000 Bern 23
+41 (0)31 380 65 65, www.brotfueralle.ch



Fastenopfer
Postfach 2856, 6002 Luzern
+41 (0)41 227 59 59, www.fastenopfer.ch

BROT FÜR ALLE FASTENOPFER

Ebenfalls beruft sich Metalor auf die internen Qualitätsstandards durch die Goldbranche. Zwar hat die Goldbranche in den letzten Jahren gewisse Probleme erkannt und mit freiwilligen Massnahmen darauf zu reagieren versucht. Die LBMA (London Bullion Market Association) hat einen Leitfaden für verantwortliches Gold (Responsible Gold Guidance) entwickelt. Firmen wie Metalor werden dadurch verpflichtet, eine Sorgfaltsprüfung ihrer Lieferkette vorzunehmen. Sie werden durch einen externen Audit geprüft und zertifiziert. Doch wie die verlangten Sorgfaltsprüfungen ablaufen, wird nicht offengelegt. So kann Metalor zwar behaupten, nur ethisch gefördertes und rückverfolgbares Gold zu verarbeiten. Doch welche Kriterien dieses Gold erfüllt und wie Metalor dies überprüft, ist von aussen nicht nachvollziehbar. Die Recherchen zeigen deutlich, dass im Umkreis der Minen in Burkina Faso, deren Gold Metalor verarbeitete und noch verarbeitet, Menschenrechtsverletzungen geschehen. Die freiwilligen, brancheninternen Massnahmen haben diese Menschenrechtsverletzungen nicht verhindert. Die Wirksamkeit der Branchen-Zertifizierungen muss deshalb ernsthaft in Frage gestellt werden.

Keine Verpflichtung zu Menschenrechten

Metalor verweist in ihren Antworten auf Vorwürfe auch auf die strengen schweizerischen Gesetze, die eine wichtige Kontrollfunktion hätten. Leider ist dem nicht so. Das schweizerische Geldwäschereigesetz und die Edelmetallkontrollverordnung, aber auch die Regelungen der Zollverwaltung dienen lediglich dazu, die Herkunft des Goldes nachvollziehbar zu machen. Sie sind nicht dafür bestimmt, allfällige Menschenrechtsverletzungen oder Umweltvergehen im Zusammenhang mit der Förderung von Gold zu verhindern. Zudem setzen sie allesamt auf Selbstkontrolle und Eigenverantwortung der Raffinerien. Der Bund überlässt die Sorgfaltsprüfung den Unternehmen und verzichtet darauf, sie zu kontrollieren.

In der Herbstsession 2015 erklärte der Bundesrat in der Fragestunde im Nationalrat gar, dass für die Schweizer Schmelzereien keine Verpflichtung bestehe, abzuklären, aus welcher Weltregion der Rohstoff stamme oder ob dieser menschenrechtskonform abgebaut worden sei. Ein Freipass, der es den Unternehmen überlässt, ob sie Menschenrechte und Umwelt schützen oder nicht!

Die Sorgfalt muss Pflicht werden

Die mit dem Goldabbau in Burkina Faso verbundenen Umsiedlungen und die Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschen vor Ort verursachen grosses Leid. Die Studie macht deutlich, dass freiwillige Massnahmen nicht ausreichen, um die schwerwiegenden Probleme anzugehen und die Situation der vom Rohstoffluch betroffenen Bevölkerung zu verbessern. Vielmehr braucht es gesetzliche Vorschriften, damit Schweizer Unternehmen Verantwortung übernehmen und die gebührende Sorgfalt walten lassen. Es kann nicht sein, dass Goldraffinerien von Intransparenz und fehlender Regulierung und Kontrolle in der Schweiz profitieren. Schweizer Firmen müssen verpflichtet werden, sorgfältig zu prüfen, welche Auswirkungen ihre Tätigkeiten und die Aktivitäten ihrer Zulieferer auf die Menschenrechte haben. Deshalb muss der Bund gemäss den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte die Unternehmen zu einer Sorgfaltsprüfung bezüglich Menschenrechte und Umweltschutz verpflichten. Die Konzernverantwortungsinitiative schlägt die dafür nötige Verfassungsänderung vor. Der Bundesrat soll die Initiative zur Annahme empfehlen, damit das Gold, das in der Schweiz verarbeitet wird, nicht länger mit Menschenrechtsverletzungen einhergeht.

Fastenopfer, Februar 2016